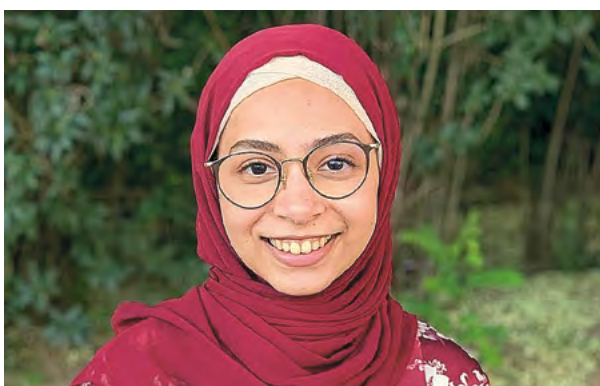


„Aufklärungsarbeit ist wichtig, rechtliche Schritte sind notwendig“



Im Uhrzeigersinn v. o. l.: Elisabeth Magdliener (Foto: Romana Kvalichová), Isabel Naronnig, Hager Abouwarda und Dunia Khalil.

Im dritten Teil der Jubiläumsreihe „Junger Aktivismus und minoritäre Allianzen“ spricht **Cornelia Kogoj** mit **Hager Abouwarda** von der Muslimischen Jugend Österreich, **Elisabeth Magdliener**, Aktivistin im Bereich Queer DisAbility Studies, **Dunia Khalil**, Antirassismus-Trainerin, und **Isabell Naronnig**, Peer-Beraterin im Verein Ninlil, über die Bedeutung von rechtlichen Schritten gegen Diskriminierung und Herausforderungen von Intersektionalität und minoritären Allianzen.

Hager, du bist Pressesprecherin der Muslimischen Jugend Österreich, die sich vehement gegen die sogenannte „Islamlandkarte“ gewehrt hat. Zur Erinnerung: Die von der österreichischen Bundesregierung im letzten Jahr eingesetzte „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ hat eine Karte erstellt, anhand derer mehr als 600 muslimische Einrichtungen mit Adressen und Zusatzinformationen öffentlich gemacht wurden.

Ihr habt unter anderem einen offenen Brief verfasst, in dem die dauerhafte Löschung dieser Karte gefordert wird. Prominente Unterstützung kam vom ehemaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer sowie von weiteren Personen aus Kunst, Wissenschaft und Politik. Zudem habt ihr angekündigt, rechtliche Schritte wegen Datenschutzverletzungen vorzunehmen. Was waren eure Überlegungen hinter dieser Kampagne?

Hager Abouwarda: Wir haben schon vor der Veröffentlichung der „Islamlandkarte“ die Kampagne „Stoppt die Kriminalisierung von Musliminnen und Muslimen“ gestartet und sind damit im Rahmen einer Pressekonferenz – zufälligerweise einen Tag vor Bekanntgabe der Karte – an die Öffentlichkeit gegangen. Nach der Herausgabe haben wir uns überlegt, wie wir darauf adäquat reagieren sollen. Wir haben uns entschlossen, Aufklärungsarbeit für muslimische Jugendliche zu leisten – mit ihnen zu sprechen, warum die Karte

problematisch ist und inwiefern sie diese betrifft. Uns war aber bewusst, dass wir auf mehreren Ebenen gleichzeitig aktiv werden müssen: rechtliche Schritte zu überlegen und eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. So wichtig Aufklärungsarbeit ist, rechtliche Schritte sind dennoch notwendig. Wir haben eine Beschwerde wegen Datenschutzverletzung eingereicht. Mit dem offenen Brief, den du angesprochen hast, wollten wir zeigen, dass sich nicht nur Muslim*innen gegen die Karte aussprechen, sondern auch viele aus der Mehrheitsbevölkerung. Und vor allem, dass deren Veröffentlichung nicht nur Muslim*innen betrifft, sondern auch einen Angriff auf unsere demokratische Gesellschaft darstellt.

Du bist auch Poetry Slammerin und hast in „Fatimas Chance“ die Erfahrungen sichtbarer Musliminnen am Arbeitsmarkt thematisiert. Siehst du Poetry Slam als Teil bzw. Ausdruck deines politischen Engagements?

Abouwarda: Ja, natürlich. Ich denke, dass Kunst als Ausdruck von Aktivismus genutzt werden kann. Sei es Comedy, bildende Kunst oder Poetry Slam. Das sind alles Möglichkeiten, auf Diskriminierungsformen aufmerksam zu machen und ein größeres Publikum zu erreichen. Insbesondere durch Social Media hat Aktivismus mittlerweile sehr vielfältige Formen angenommen.

Elisabeth Magdler, Sie sind Kulturwissenschaftlerin und Expertin für Queer Disability Studies und Körperdiskurse. Auch für Sie ist Kunst ein Ausdrucksmittel Ihres politischen Engagements. Ich habe folgendes Zitat von Ihnen gelesen: „Vielmehr als über Behinderung* zu sprechen, interessieren mich die gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge, in der diese entsteht.“ Was meinen Sie damit?

Elisabeth Magdler: Für mich entstehen Barrieren vor allem in den Köpfen der Menschen. Räumliche Barrieren machen nur einen kleinen Teil aus. Ich beschäftige mich unter anderem mit Körperdiskursen und inklusivem Tanz. Dabei stelle ich mir die Frage, ob dieser wirklich inklusiv ist oder ob hier nur ein Anschein von Gleichberechtigung und Inklusion existiert. Ob also die Ungleichbehandlung nicht doch wieder durch die Hintertür hereinkommt. Denn der behinderte Körper wird im Tanz ganz anders verhandelt als ein Körper ohne Behinderung, da Diskriminierungen und Normierungszwänge weiterhin bestehen. Im Tanz allgemein und auch im inklusiven Tanz existiert immer noch Ungleichbehandlung. Für mich ist es daher wichtig, sich die Machtverhältnisse und Normierungszwänge in unserer Gesellschaft anzusehen, in der verlangt wird, dass möglichst alle gleich sein sollen.

Frau Magdler, Sie sind die Einzige in der Runde, die ich persönlich kenne. Dennoch sind wir per Sie. Als wir uns vor zwei Jahren im Rahmen einer Veranstaltung kennengelernt haben, erzählten Sie mir, wie wichtig es Ihnen sei, mit Sie angesprochen zu werden. Wichtig deshalb, weil Menschen mit Behinderung in der Regel mit du und oftmals auch nur mit ihrem Vornamen angesprochen werden.

Magdler: Ja, genau. Es geht mir dabei weniger um das Du an sich, sondern darum, was damit verbunden ist. Ich habe sehr oft die Erfahrung machen müssen, dass aufgrund meines Rollstuhls automatisch davon ausgegangen wird, dass ich dumm sei. Oder dass meine Assistent*in gefragt wird, was ich essen will. Mir ist wichtig, dieses Bild von Menschen mit Behinderung, die nicht fähig sind, selbst Entscheidungen zu treffen und selbstbestimmt leben zu können, zu hinterfragen. Deshalb ist mir das Sie so wichtig.

Auch um zu zeigen, dass man mit mir wie mit allen anderen Menschen reden kann.

Die wichtigste Forderung der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung lautet „Nothing About Us Without Us!“ / „Nichts über uns ohne uns“, die aus dem amerikanischen Independent Living Movement – einer Bürger*innenrechtsbewegung von Menschen mit Behinderung* in den 1960er Jahren – hervorgegangen ist. Hat dieser Grundsatz noch seine Gültigkeit?

Magdler: Ja, dieser Grundsatz hat auf jeden Fall nichts an seiner Gültigkeit verloren, denn dieser weist Menschen mit Behinderung* als Expert*innen in eigener Sache aus. Und das ist auch heute noch das zentrale Thema. Damit verbunden ist unter anderem die Frage, wie wir beispielsweise in Gremien einbezogen werden, die behindertenpolitische Entscheidungen treffen. Obwohl wir die eigentlichen Expert*innen sind, werden Entscheidungen in der Regel auch heute noch von nichtbehinderten* Menschen getroffen. Einiges hat sich in Österreich zwar mittlerweile zum Positiven verändert, aber bei genauer Betrachtung nicht wirklich genug, um selbstbestimmt leben zu können.

Dunia Khalil: Auch für meine Arbeit als Antirassismusberaterin ist es essenziell, Betroffene für sich selbst sprechen und entscheiden zu lassen. Dadurch wird die dringend notwendige Partizipation und Repräsentation von Betroffenen ermöglicht. Da gilt auch für uns die Forderung der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung. Denn auch beim Thema sexuelle Gewalt gegen Frauen sind selbstverständlich die Frauen die ersten und wichtigsten Ansprechpersonen. Diese Selbstverständlichkeit wünsche ich mir auch im Antirassismusbereich: eine Anerkennung der Expertise von Betroffenen selbst.

Und ist dabei die Solidarität der Mehrheit wichtig?



Aktivistinnen im Gespräch mit Cornelia Kogoj.

Khalil: Ja, wir benötigen unsere gegenseitige Unterstützung und können es nur gemeinsam schaffen. Wichtig dabei ist aber, dass die Hilfe nicht aufgezwungen, sondern zusammen an Lösungen gearbeitet wird. Und vor allem, dass die Bedürfnisse der Betroffenen, um die es ja geht, berücksichtigt werden. Privilegien sind in unserer Gesellschaft nun mal ungleich verteilt, deshalb ist es notwendig, dass sich privilegiere Menschen für jene einsetzen, die über diese nicht verfügen. Zivilcourage und Solidarität zu zeigen, ist hier entscheidend.

„Know your rights“ ist einer der Grundsätze in deiner Arbeit als Rechtsberaterin bei der Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus. Hager hat es schon angesprochen, dass rechtliche Schritte für sie notwendig seien. Hast du ähnliche Erfahrungen?

Khalil: Auf jeden Fall. Die rechtliche Komponente ist deshalb so wichtig, weil sie ein Tool für Betroffene darstellt, um sich gegen Rassismus wehren zu können. Wenn man über seine Rechte Bescheid weiß, ist man rassistischen Situationen nicht vollkommen hilflos ausgesetzt. Gleichzeitig lässt sich anhand von Präzedenzfällen erkennen, wo Lücken in unserem System bestehen und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Das kann Auswirkungen

auf unser gesamtes Rechtssystem haben. Auch deshalb ist es für mich so wichtig, dass rechtliche Schritte gesetzt werden: um aufzuzeigen, wo es an Rechten mangelt bzw. wo diese nicht oder nur schwer durchgesetzt werden können. Rechte nützen uns nichts, wenn sie für die Betroffenen unzugänglich sind, daher ist der Zugang zum Recht ganz wesentlich.

Isabell Naronnig: Der Grundsatz „Know your rights“ stellt auch in der Peer-Beratung oftmals den ersten Schritt dar, Wissen über die eigenen Rechte zu generieren, die einem vorher nicht bekannt waren. Mir ist in der Diskussion wieder eingefallen, wie viele Frauen zu uns kommen, denen gesagt wurde, dass etwas nicht möglich sei. Oft werden Informationen auch bewusst vorenthalten oder selektiv weitergegeben. Wir versuchen die Frauen gut zu informieren und ihnen verschiedene Möglichkeiten aufzuzeigen. Durch die Beratung sollen sie ermutigt werden, Diskriminierungen zu erkennen und ihre Rechte einzufordern. Wir arbeiten auch immer wieder mit anderen Frauenberatungsstellen zusammen, vor allem wenn es um Rechtsberatungen geht.

„Isabel, warum ist es für dich in der Peer-Beratung für Frauen mit Behinderung so wichtig, dass die Beraterinnen über einen ähnlichen Erfahrungshintergrund verfügen wie die Personen, die die Beratung aufsuchen?“

Naronnig: Viele unserer Kundinnen sind sehr stark mit dem medizinischen Modell von Behinderung konfrontiert, das davon ausgeht, dass die Erkrankung und Behinderung – also man selbst – das Problem sei. Und dass deshalb – um es vereinfacht auszudrücken – vieles nicht möglich sei. Wir haben uns für die Bezeichnung „Kundin“ anstatt „Klientin“ entschieden, weil damit oft etwas Klinisches bzw. Betreuungsmäßiges assoziiert wird. Mittels Peer-Beratung wird oftmals erkannt, dass dem nicht so ist. So ist es nicht das Problem der behinderten Person, wenn ein Zugang nicht barrierefrei ist. Und auch nicht, wenn ein Text nicht verstanden wird, weil er in schwerer Sprache formuliert ist. Das sind für die Frauen oftmals Aha-Momente, die sehr empowernd sein können. Die Beratung findet mit demselben Erfahrungshintergrund und auf Augenhöhe statt. Denn auch wir Peer-Beraterinnen erleben Bevormundung und Fremdbestimmung aufgrund unserer Behinderungen. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt.

Ihr alle arbeitet an den Schnittstellen Frau – Behinderung, Trans/Queer – Behinderung, Frau – Muslima. Das heißt, Intersektionalität ist ein wichtiges Thema für euch. Wie groß sind die Herausforderungen?

Khalil: Eine der Herausforderungen in Bezug auf Intersektionalität stellt

sich schon bei der Dokumentation von Fällen, mit denen ich als Rechtsberaterin konfrontiert bin. Oftmals ist es sehr schwierig, diese richtig einzuordnen und zu dokumentieren. Denn für die Statistik soll meist nur ein Diskriminierungsmerkmal angegeben werden. Des Weiteren existiert immer noch ein großer Bedarf an gesetzlichen Veränderungen. Der Begriff „Intersektionalität“ wurde bereits Ende der 1980er Jahre von der afroamerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw eingeführt. Sie vertrat bei einem Gerichtsprozess die These, dass Schwarze Frauen weniger zu ihrem Recht kamen als Schwarze Männer oder weiße Frauen, weil es den intersektionalen Aspekt bislang nicht gab. Auch in Österreich ist die gesetzliche Verankerung von Intersektionalität sehr schwierig. Im Gleichbehandlungsgesetz sind zum Beispiel beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen nur die Diskriminierungsmerkmale Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit geschützt, die Kategorie Religion oder sexuelle Orientierung existiert hier noch nicht. So wird man dazu gezwungen, Religion als ethnische Zugehörigkeit einzuordnen. Oder, wenn eine Frau mit Kopftuch diskriminiert wird, die Kategorie Geschlecht einzureichen und zu hoffen, dass der Fall rechtlich durchgeht.

Magdler: Grundsätzlich stellt Behinderung keine permanente Kategorie dar, denn Behinderung kann jeden Menschen jederzeit treffen. Ich bin etwa in dem Moment, in dem ich meine Texte oder Vorträge vorbereite, nicht behindert. Die Kategorie Behinderung ist ebenso wenig fix wie das Geschlecht. Ich stelle mir oft die Frage, warum die Anerkennung von Mehrfachdiskriminierung – auch innerhalb der Behinderten*rechtsbewegung – so schwierig ist. Ich glaube, viele Menschen mit Behinderung* denken – bewusst oder unbewusst –, wenn sie eh schon behindert sind, möchten sie zumindest in anderen Bereichen „normal“ sein und nicht auch noch trans*- oder bi*sexuell.

Abouwarda: In der Realität ist es so, dass viele Frauen mit mehrfachen

Herausforderungen zu kämpfen haben. Das klassische Beispiel ist die Diskriminierung von muslimischen Frauen am Arbeitsmarkt. Das fängt bei Bewerbungsgesprächen an und zieht sich dann weiter durch den Job. Man hat einerseits als Frau mit vielen Vorurteilen zu kämpfen, aber auch aufgrund der Hautfarbe und Herkunft. Wir nehmen das in letzter Zeit verstärkt wahr.

Meine abschließende Frage an euch/Sie: Sind minoritäre Allianzen mögliche Strategien, um gemeinsam mit anderen Minderheiten politisch etwas zum Positiven zu verändern?

Abouwarda: Ja, ich glaube schon. Wir versuchen etwa bei Veranstaltungen immer wieder mit unterschiedlichen Organisationen zu kooperieren. Ein konkretes Beispiel: Nach den vielen Femiziden haben wir im März eine Kundgebung in Kooperation mit dem Frauenvolksbegehren, Black Voices und diversen Jugendorganisationen organisiert.

Naronnig: In unserem Bereich gestaltet sich die Vernetzung leider etwas schwieriger. Ich weiß zwar von vielen Frauen – nicht nur von jenen, die zu uns in die Beratung kommen, sondern auch von Freundinnen und Bekannten –, dass sich die meisten mehr Bündnisse mit anderen Minderheitengruppen wünschen. Aber gleichzeitig nehme ich wahr – wie es übrigens auch Dorothea Brozek und Klaudia Karoliny in einem Artikel von Petra Flieger veranschaulicht haben –, dass Frauen mit Behinderung derart beschäftigt sind, ihren Alltag zu bewältigen, dass ihnen wenig Zeit und Energie für Vernetzungen, Allianzen und Aktivismus bleibt. Das ist oft auch bei mir der Fall. Ich würde auch gerne mehr machen. Es scheitert aber oft an einer bedarfsgerechten Unterstützung und persönlicher Assistenz für alle Frauen mit Behinderung. Auch für jene mit Mehrfachbehinderungen und Lernschwierigkeiten. Wir müssen uns daher erst Basisräume schaffen, bevor wir überhaupt an Allianzen denken können.

Magdler: Ja, das sehe ich auch so. Gerade die persönliche Assistenz ist der entscheidende Faktor. So gibt es auch für die höchste Pflegestufe keine 24-Stunden-Assistenz. Meine Eltern und Freund*innen müssen dann einspringen und die restliche Zeit und Arbeit gratis leisten. Leider sind wir auf diese freiwillige Unterstützung angewiesen und können dies nicht ändern.

Naronnig: Noch ein konkretes Beispiel: Ich war vor zwei Wochen in einem Seminar für Beraterinnen von feministischen Frauenberatungsstellen. Eine der Frauen hat mich gefragt, wo denn die Frauen mit Behinderung in feministischen Zusammenschlüssen und auf den Demos seien. Ja, sie sind oft nicht dort, weil sie genau mit den Dingen beschäftigt sind, von denen wir eben gesprochen haben. In der Informationsbeschaffung sind sie auf Unterstützung angewiesen. Und das hängt wiederum davon ab, wie engagiert die Unterstützer*innen/Betreuer*innen agieren und ob Informationen voll umfänglich barrierefrei zugänglich sind.

Hager Abouwarda studiert Philosophie an der Universität Wien. Sie ist seit mehreren Jahren bei der Muslimischen Jugend Österreich als Jugendarbeiterin und seit 2021 als Pressesprecherin tätig.

Dunia Khalil ist Antirassismus-Trainerin und Rechtsberaterin bei der Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus. Darüber hinaus engagiert sie sich in nationalen sowie internationalen Netzwerken, Arbeitsgruppen und Organisationen mit Fokus auf Antirassismus und Frauenrechte.

Elisabeth Magdler ist Kulturwissenschaftlerin, Expertin, Autorin und Lehrende im Bereich Queer DisAbility Studies. Sie leitet den Verein CCC** – Change Cultural Concepts und ist Tänzerin und Mitglied der weltweiten Community-Tanzbewegung DanceAbility und A.D.A.M. (Austrian Dance Art Movement). Weiters ist sie im Vorstand von Ninil (Empowerment und Beratung für Frauen* mit Behinderung*).

Isabell Naronnig, Sexualpädagogin, ist Beraterin und Projektleiterin von Zeilupe – Peer Beratung für Frauen mit Behinderung beim Verein Ninil. Aktive Mitarbeit im Frauen-Kompetenzteam des österreichischen Behindertenrates. Seit Sommer 2021 Mitglied der Interessensvertretung von Menschen mit Behinderung der Stadt Wien.